

3 **„Starkes Land – gute Heimat:**
4 **Unser Programm für lebendige ländliche Räume“**

5 **Heimat ist uns wichtig**

6 Ländliche Räume sind ein unverzichtbarer und starker Teil Deutschlands. Etwa jeder zweite
7 Deutsche lebt in den Dörfern und Städten des ländlichen Raums. Zugleich sind ländliche
8 Regionen wichtige Wirtschaftsstandorte. Neben vielen Unternehmen der Land-, Forst- und
9 Ernährungswirtschaft sind hier zahlreiche Handwerks- und Gewerbebetriebe ansässig. Von
10 unseren insgesamt 3,5 Millionen Wirtschaftsbetrieben in Deutschland befindet sich der
11 überwiegende Teil in den Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Darunter sind viele
12 innovative Betriebe, die sehr leistungsfähig und zum Teil sogar Weltmarktführer sind.
13 Auch Branchen der Zukunft, wie z. B. die erneuerbaren Energien, haben vielfach ihren
14 Standort im ländlichen Raum.

15 Die ländlichen Regionen sind unsere Natur- und Erholungsräume. Sie sind das Reservoir
16 natürlicher Ressourcen. Sie versorgen die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, guter Luft,
17 Wasser und nachwachsenden Rohstoffen. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag
18 für das Leben in den Ballungsräumen. Mit einem Anteil von nahezu 80 Prozent der Fläche
19 und unzähligen schönen und eindrucksvollen Landschaften prägen sie das Gesicht unseres
20 Landes. Die ländlichen Gebiete sind untrennbar mit der Identität unserer Nation verbun-
21 den. Sie machen Heimat aus!

22 Untersuchungen belegen, dass die Menschen im ländlichen Raum mit ihren Lebensum-
23 ständen zufrieden sind. Die Landbevölkerung ist mit ihrer Region meist stark verwurzelt,
24 die Bindung an die Familie ist eng und die Wohneigentumsquote hoch. Ein großer Vorteil
25 ländlicher Regionen sind funktionierende Nachbarschaften und das gute Miteinander von
26 Jung und Alt. Ehrenamtliche Tätigkeiten haben gerade im ländlichen Raum eine lange Tra-
27 dition und starke Ausprägung.

28 Dennoch stehen die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen. Neben den schnell
29 fortschreitenden wirtschaftlichen Strukturwandel tritt immer stärker der demografische
30 Wandel. Er trifft viele ländliche Regionen früher und härter als die städtischen Ballungs-
31 räume, deren Geburtendefizit oft noch durch Zuzug ausgeglichen wird. Die Bevölkerung in
32 den Kleinstädten und Dörfern nimmt insgesamt seit rund zehn Jahren kontinuierlich ab.

33 Allerdings ist die Entwicklung regional sehr unterschiedlich, im Osten verläuft sie schneller
34 als im Westen. Wirtschaftlich starken und gut angebundenen ländlichen Regionen mit
35 stabilen Bevölkerungszahlen stehen strukturschwache und dünn besiedelte Regionen ge-
36 genüber. Diese haben Schwierigkeiten, eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwick-
37 lung in Gang zu bringen sowie die soziale und technische Versorgungsinfrastruktur auf
38 einem ausreichenden Niveau zu sichern. Sie kämpfen mit einem Mangel an attraktiven und
39 wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, dem Wegzug von jungen Menschen und dem Rückzug
40 von privaten und öffentlichen Dienstleistungen. Vielerorts sind bereits Geschäfte, Post,
41 Bahnhöfe, Banken und andere Einrichtungen verschwunden, die ärztliche Versorgung ist
42 bedroht. Der wachsende Leerstand von Immobilien wird zu einer neuen Herausforderung.
43 Diese Entwicklungen führen zu einem Rückgang der Einnahmen der Städte und Gemein-
44 den und begrenzen deren Handlungsspielräume. In vielen ländlichen Regionen wird es in
45 den nächsten Jahren deshalb nicht mehr um Wachstum gehen, sondern um die Gestaltung
46 des Umbaus. Andererseits bieten ländliche Räume hervorragende Entwicklungspotenziale
47 und sind vielfach in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung krisenfester
48 als Ballungsräume.

49 **Unser Ziel bleiben lebendige ländliche Räume.**

50 Wir wollen, dass die ländlichen Räume ihren Bewohnern eine gute Heimat bleiben. Die
51 Menschen sollen dort auch morgen noch ein gutes und chancenreiches Leben führen kön-
52 nen. Durch gezielte Anpassungs- und Entwicklungsschritte kann eine von rückläufiger Be-
53 völkerungsentwicklung betroffene Region neue Perspektiven entwickeln.

54 Wo liegen neue Wirtschaftschancen, wie lassen sich Versorgung, Gesundheit, Pflege und
55 Verwaltung so organisieren, dass Qualität, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit gleichzeitig
56 gewährleistet sind? Wie sehen tragfähige und moderne Bildungs-, Infrastruktur- und Mobi-
57 litätskonzepte im ländlichen Raum aus? Wie können ländliche Gemeinden bestmöglich
58 kooperieren?

59 Dies sind einige der Herausforderungen, für die wir Lösungen brauchen. Von unseren
60 Antworten hängt in hohem Maße die Zukunft der Regionen ab. Für die CDU steht bei allen
61 politischen Maßnahmen die Orientierung an den Menschen, ihren Bedürfnissen und ihrer
62 Lebensqualität im Mittelpunkt. Dabei setzen wir auf die Beteiligung und das aktive Mit-
63 wirken der Bürger. Wir wollen Politik, Vereine, Initiativen, Wirtschaft, Verwaltung und alle
64 Bürger zusammenbringen für die Erarbeitung und Umsetzung regionaler Strategien.

65 |

66 **Unsere Leistungen für den ländlichen Raum können sich sehen lassen.**

67 Die CDU ist fest im ländlichen Raum verwurzelt. Wir sind die Kommunalpartei, die sich vor
68 Ort um die Belange der Menschen kümmert. CDU-geführte Flächenländer haben erfolgrei-
69 che Entwicklungsprogramme für ihre ländlichen Regionen. Und seitdem die CDU auf Bun-
70 desebene in Regierungsverantwortung steht, haben die ländlichen Räume auch in der
71 Bundespolitik wieder einen Stellenwert.

72 Die Bundesregierung hat ein Handlungskonzept zur Entwicklung der ländlichen Räume
73 vorgelegt, das viele Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirt-
74 schaftsstruktur, zur Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge, zum lebenslangen
75 Lernen, zur Bewahrung und nachhaltigen Nutzung des Naturkapitals und zur Stärkung der
76 Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden enthält. Zusammen mit den Ländern
77 und Kommunen arbeiten wir aktiv an der Umsetzung. Auch in der Demografiestrategie der
78 Bundesregierung kommt den ländlichen Regionen ein besonderes Augenmerk zu.

79 Die Infrastruktur im ländlichen Raum hat von den Konjunkturprogrammen der CDU-
80 geführten Bundesregierung in der Finanzkrise stark profitiert.

81 Das neue Städtebauprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusam-
82 menarbeit und Netzwerke“ ist sehr erfolgreich gestartet und gibt wichtige Impulse für den
83 ländlichen Raum. Es unterstützt insbesondere die Klein- und Mittelstädte in dünnbesiedel-
84 ten Regionen.

85 Zahlreiche Förderinstrumente auf Bundesebene haben wir stärker auf die Bedürfnisse des
86 ländlichen Raums ausgerichtet. Das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesser-
87 ung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist mit besonderer Berücksichtigung
88 strukturschwacher ländlicher Regionen erweitert worden. Über die „Gemeinschaftsaufga-
89 be Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) werden Investitionen der land- und forstwirt-
90 schaftlichen Betriebe, Programme des landwirtschaftlichen Natur- und Umweltschutzes
91 sowie vielfältige Maßnahmen der Daseinsvorsorge, der Dorferneuerung, des ländlichen
92 Wegebbaus und der Einrichtung von Nahwärmenetzen nach den nationalen Grundsätzen
93 der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) von Bund und Ländern unterstützt. Dazu
94 kommt die LEADER-Initiative der EU, die auf Entwicklungskonzepte von örtlichen Akteu-
95 ren ausgerichtet ist. Fördermittel für Breitbandanschlüsse stehen aus beiden Gemein-
96 schaftsaufgaben zur Verfügung.

97 Der ländliche Raum profitiert zudem von Programmen der KfW, der Landwirtschaftlichen
98 Rentenbank, von den Regionalisierungsmitteln des öffentlichen Personenverkehrs, von
99 den Mitteln für den Straßenbau und von Anreizen für die Ansiedlung von Landärzten.

100 Ihre Initiativen und Modellvorhaben hat die Bundesregierung auf die Gestaltung des Wan-
101 dels und das Engagement der Menschen ausgerichtet.

- 102 - „LandZukunft 2012 – 2014“ mobilisiert und unterstützt Menschen mit Unterneh-
103 mergeist für das Fortkommen der Regionen. Es werden innovative Wege erprobt,
104 wie es in abgelegenen ländlichen Räumen gelingt, Beschäftigung zu sichern und
105 den demografischen Wandel zu bewältigen.
- 106 - Im Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ werden jedes Jahr Bürger für ihr Engage-
107 ment ausgezeichnet. Der Schwerpunkt 2012 ist Mobilität. Unter dem Motto „In
108 ländlichen Räumen mobil!“ werden Ideen und Projekte ermittelt, die leistungsfähige
109 Mobilitätsangebote und eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in dünn besiede-
110 delten ländlichen Regionen ermöglichen und erhalten.
- 111 - Das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ unterstützt 21 Regionen bei
112 der Fortentwicklung ihrer Infrastruktur.
- 113 - Im Modellprojekt „Region schafft Zukunft“ wurden neue Konzepte, z. B. im Busver-
114 kehr, erprobt.
- 115 - Die „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig 2011 – 2013“
116 bündeln die Potenziale städtischer und ländlicher Teilräume, um Wachstum und In-
117 novation noch besser regional zu entwickeln.

118

119 **Zehn-Punkte-Programm für lebendige ländliche Räume**

120 Mit dem folgenden Zehn-Punkte-Programm richten wir uns an die politisch Verantwortli-
121 chen auf Bundes-, europäischer, Länder- und kommunaler Ebene sowie an jeden Bürger im
122 ländlichen Raum. Für die Gestaltung der Zukunft des Landes ist ein Zusammenwirken aller
123 erforderlich.

124 **1. Handlungsfeld Förderung –**

125 **Für aktive Regionen**

126 Wir werden die Interessen der ländlichen Räume in Deutschland sowohl in der nationalen
127 Raumordnungspolitik als auch bei der Fortentwicklung der Förderinstrumente der EU

128 wirksam vertreten. Wir sorgen für eine ausgewogene und gleichwertige Verteilung von
129 Infrastrukturmitteln.

130 Unser Leitbild bleibt dabei eine Entwicklung, die wirtschaftliches Wachstum, Lebensquali-
131 tät und intakte Umwelt als Einheit versteht.

132 Die Entwicklungsimpulse müssen aus den Regionen selbst kommen. Nur die Bürger kön-
133 nen ihre Heimat gestalten. Dazu wollen wir sie ermutigen. Wir werden in Zukunft mehr
134 Bürgerbeteiligung bei der Formulierung der Strategien realisieren, z. B. durch Bürgerdialoge,
135 -umfragen, -konferenzen oder -gutachten. Bei der Umsetzung der Förderstrategien fordern
136 wir Eigenverantwortung und aktive Mitwirkung ein. Wir setzen auf Menschen mit Ideen!

137 Angesichts der Unterschiede zwischen den ländlichen Räumen ist ein breites Spektrum an
138 Instrumenten nötig. Es ist die Aufgabe der Regionen und Kommunen, den richtigen För-
139 dermix zusammenzustellen und die passenden Instrumente zu nutzen. Bund und Länder
140 müssen dafür sorgen, dass die Programme so gestaltet sind, dass sie regionalen und örtli-
141 chen Besonderheiten Rechnung tragen. Deshalb werden wir z. B. die Instrumente der Ge-
142 meinschaftsaufgaben GRW und GAK noch stärker aufeinander abstimmen. Wir begrüßen
143 auch den Ansatz der EU-Kommission, ihre Strukturpolitik in der nächsten Förderperiode ab
144 2014 stärker auf Innovationen auszurichten und besser zu verzahnen. Dabei muss aller-
145 dings darauf geachtet werden, dass sie nicht bürokratischer wird.

146 Wir werden in Zukunft verstärkt Regionalbudgets und Regionalfonds einsetzen, die den
147 Regionen Freiheit für maßgeschneiderte Lösungen vor Ort lassen. Die Anwendung von
148 Regionalbudgets bedarf dabei klarer Spielregeln und der Festlegung von Verantwortlichen.

149 Auch werden wir zunehmend überörtliche Kooperationen und Absprachen zur festen
150 Voraussetzung für eine Unterstützung machen.

151 Für viele Fragestellungen von Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt und überregionaler Ver-
152 kehrsanbindung ist es sinnvoll, auch auf großräumige Kooperationen mit benachbarten
153 Städten/Ballungsräumen zu setzen. Mit Entwicklungs- und Förderkonzeptionen gilt es
154 Partnerschaften zu befördern, die für städtische und ländliche Regionen gleichermaßen
155 gewinnbringend sind. Das streben wir auch mit der Zusammenarbeit der Regionen über
156 Landes- und Bundesgrenzen hinweg an.

157 Damit Länder, Regionen und Kommunen, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, die För-
158 derungen nutzen können, werden wir z. B. im Hinblick auf die EU-Programme zur Entwick-
159 lung der ländlichen Räume prüfen, ob die erforderlichen Eigenanteile (Ko-Finanzierung)

160 auch mit privaten Mitteln, etwa aus Bürgerfonds oder durch die Auflage von Bürgeraktien,
161 erbracht werden können.

162 Bei der Entscheidung über die Auswahl der unterstützten Maßnahmen werden neben wirt-
163 schaftlichen Aspekten auch der Klimaschutz, die Erhaltung der Lebensgrundlagen und der
164 effiziente Einsatz der natürlichen Ressourcen künftig eine große Rolle spielen.

165 Damit die Förderung noch zielgerichteter auf zukünftige Entwicklungen ausgerichtet wird,
166 werden wir regionale Demografie- und Nachhaltigkeits-Checks zur Regel machen. Mit die-
167 sen werden die demografischen Veränderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte in ei-
168 ner Region prognostiziert und eine dazu passende Infrastruktur entworfen. Gerade langle-
169 bige Infrastrukturen müssen sorgfältig und demografiefest geplant sein, um nicht durch
170 die Folgekosten die finanziellen Spielräume der Träger stark einzuschränken.

171 Mit der Differenzierung von Fördersätzen zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen kön-
172 nen Standortnachteile ausgeglichen und gezielt Impulse für eine ausgewogene wirtschaft-
173 liche Entwicklung gesetzt werden.

174

175 **2. Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeitsplätze –** 176 **Für neue Chancen**

177 Eine von mittelständischer Industrie, Handwerk, Land-, Forst- und Ernährungsbetrieben
178 geprägte Wirtschaft sowie der Tourismus sind das Rückgrat der Entwicklung im ländlichen
179 Raum. Diese Basis wollen wir weiter stärken und neue Bereiche entwickeln, die den ländli-
180 chen Regionen Impulse und Zukunftsperspektiven geben. Das sind zum Beispiel Dienst-
181 leistungen, wie neuartige Pflege- und Betreuungskonzepte, und der Ausbau und die de-
182 zentrale Nutzung von erneuerbaren Energien.

183 **Wir setzen auf neue Dienstleistungen, Existenzgründungen** 184 **und bessere Chancen für Frauen.**

185 Mit dem steigenden Bedarf an Dienstleistungen eröffnen sich neue wirtschaftliche Tätig-
186 keitsfelder und berufliche Chancen, z. B. Pflege, Kinderbetreuung und Seniorendienste.
187 Für den Ausbau dieser Dienstleistungsbereiche werden wir günstige Rahmenbedingungen
188 schaffen, Investitionen und Existenzgründungen fördern.

189 Wir werden die Bedürfnisse von Frauen verstärkt in den Entwicklungs- und Wirtschafts-
190 programmen für den ländlichen Raum berücksichtigen und wollen sie gezielt als Existenz-

191 gründerinnen gewinnen. Unser entschiedener Einsatz für Entgeltgleichheit hat gerade für
192 Frauen im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung. Denn hier ist die Lohnlücke
193 zwischen Frauen und Männern noch größer als in den Städten.

194 **Wir werden die Chancen erneuerbarer Energien für den ländlichen Raum nutzen.**

195 Deutschland geht den Weg in das regenerative Zeitalter. Bis 2020 soll der Anteil erneuer-
196 barer Energien am Stromverbrauch gegenüber dem heutigen Stand auf mindestens 35
197 Prozent verdoppelt werden. 2050 sollen sie zu 80 Prozent zur Stromversorgung beitragen.
198 Dem ländlichen Raum kommt dabei eine strategische Bedeutung zu. Er ist Lieferant von
199 erneuerbaren Energien, bietet Fläche für die Nutzung von Windkraft, die Photovoltaik auf
200 den Dächern und die Produktion von Bioenergie. Gute Voraussetzungen gibt es auf dem
201 Land für kleine dezentrale Energiegewinnungsanlagen.

202 Wir wollen Energie vom und für das Land! Der ländliche Raum soll von der Energiewende
203 profitieren. Sie kommt Land- und Forstwirten, Handwerk und vielen mittelständischen
204 Unternehmen zugute. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein Schrittmacher für
205 Investitionen im ländlichen Raum. Mit Wettbewerben wie „Bioenergie-Regionen“ und „Bi-
206 oenergie-Dörfer“ sowie mit der Förderung von Wärmenetzen und Leitungen haben wir
207 zusätzliche wichtige Impulse gesetzt.

208 Wir befürworten die Bildung von Energiegenossenschaften und Energiefonds, über die die
209 Bürger regionale Energiekonzepte im ländlichen Raum umsetzen können. Indem die Bür-
210 ger entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten in Erneuerbare Energien, Anlagen und
211 Netze, aber auch in Energieeffizienzmaßnahmen investieren, partizipieren sie an den wirt-
212 schaftlichen Chancen der Energieumstellung und fördern Innovationen und Beschäftigung.
213 Wenn Strom und Wärme in dezentralen Energiekonzepten mit Bürgerbeteiligung erzeugt
214 werden, dann schafft dies eine neue Form der Identifikation der Menschen mit ihrer Hei-
215 matregion.

216 **Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für den Landtourismus.**

217 Der ländliche Raum mit seinen Mittelgebirgen, Alm- und Seenlandschaften, Weinbauge-
218 bieten und Küstenregionen hat enorme touristische Potenziale. Er ist reich an Kulturgü-
219 tern, Sehenswürdigkeiten, Traditionen, Bräuchen und reizvollen Landschaften. Der ländli-
220 che Raum ist idealer Standort für Aktiv- und Wellnessurlaube und ebenso für Kultur- und
221 Genussreisen mit dem Anspruch eines sanften und naturnahen Tourismus. Ein bereits sehr
222 etabliertes Marktsegment ist der „Urlaub auf dem Bauernhof“, der über zwei Millionen

223 Gästen jährlich neben dem Naturerlebnis auch Einblick in die landwirtschaftliche Erzeu-
224 gung bietet. Er ist insbesondere bei Familien mit Kindern sehr beliebt.

225 Die CDU ermutigt die Tourismuswirtschaft im ländlichen Raum, ihre Potenziale auszu-
226 schöpfen und neue Gästegruppen zu gewinnen. Die Bundesregierung unterstützt die Un-
227 ternehmen und Regionen im Rahmen des Projektes „Tourismusperspektiven in ländlichen
228 Räumen“ mit Handlungsempfehlungen und Praxisleitfäden. Eine Voraussetzung für Erfolg
229 ist der Ausbau der touristischen Infrastruktur auf dem Land einschließlich regionaler und
230 überregionaler Wander- und Radwege, Erlebnisangebote und Lehrpfade. Die CDU bekennt
231 sich zu National- und Naturparks und dem Erhalt einer intakten Kulturlandschaft durch
232 Vertragsnaturschutz. Sie bieten die Grundlage für einen sanften naturnahen Tourismus.
233 Ebenso unterstützen wir die Kommunen und Regionen beim Aufbau von Kulturkonzeptio-
234 nen. Wir wollen vermehrt Kulturstiftungen für ein Engagement auf dem Land gewinnen.
235 Damit fördern wir die Präsentation von Festivals, Ausstellungen und Kunstsammlungen in
236 ländlichen Regionen. Entscheidend ist, dass die Regionen ein touristisches Profil entwi-
237 ckeln, die Angebote abstimmen und vernetzen.

238 Die Landgastgeber müssen ihren Gästen „Heimat“ bieten. Das setzt Qualität und passge-
239 naue Angebote voraus. Wir setzen dafür auf aussagekräftige Qualitätsstandards und Güte-
240 siegeln. Wir wirken darauf hin, dass die Qualifikation der ländlichen Tourismuswirtschaft
241 durch Aus- und Weiterbildung beständig weiterentwickelt wird mit den Schwerpunkten
242 Fremdsprachenkompetenz, betriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie Servicequalität und
243 Marketing.

244 Damit Angebote des Landtourismus aktiv und erfolgreich im In- und Ausland vermarktet
245 werden, bedarf es einer sinnvollen Abstimmung zwischen Kreis-, Länder- und Bundesebe-
246 ne. Neben den klassischen Vertriebswegen Kataloge und Messen gilt es noch stärker auf
247 Plattformen im Internet zu setzen und Portale zu entwickeln. Wir begrüßen z. B., dass die
248 „Bundesarbeitsgemeinschaft für Urlaub auf dem Bauernhof und Landtourismus“ eine
249 deutschlandweite Informations- und Buchungsplattform entwickelt hat, die den Qualitäts-
250 anspruch und die Charakteristik vieler ländlicher Tourismusangebote herausstellt.

251 **Wir stärken regionale Wertschöpfungsketten und fördern verlässlich den Mittelstand.**

252 Der ländliche Raum ist ein attraktiver Produktionsstandort. Mittelständische Betriebe des
253 produzierenden Gewerbes, aber auch größere Industrieunternehmen mit ganz unter-
254 schiedlichen Erzeugnissen sind vielfach ein starker Anker für die wirtschaftliche Entwick-
255 lung in den Regionen.

256 Unser Ziel ist es, die regionale Wertschöpfung weiter zu erhöhen. Die Regionen müssen
257 ihre spezifischen wirtschaftlichen Stärken nutzen. Es gilt, sie durch Netzbildung von
258 Zulieferern, Produzenten, Dienstleistern und Ausbildungseinrichtungen konsequent zu
259 entwickeln und nach außen zu vermarkten.

260 Der ländliche Raum ist als Wirtschaftsstandort für viele Betriebe attraktiv, weil sie hier
261 Platz und hoch motivierte Mitarbeiter finden, die sich mit dem Unternehmen meist stark
262 identifizieren. Die Partnerschaft zwischen Unternehmen und Belegschaft ist gerade auf
263 dem Land lebendig. Das ist ein positiver Wettbewerbsfaktor, der auch in Zukunft erhalten
264 bleiben muss.

265 Dafür müssen die Unternehmen im harten Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte
266 konkurrieren und auch Mitarbeiter aus städtischen Regionen gewinnen können. Bei dieser
267 Aufgabe wollen wir sie unterstützen durch treffende Informationen über die Stärken und
268 Wettbewerbsvorteile der Regionen und auch über die sogenannten weichen Standortfak-
269 toren der Lebensqualität, über Wohn-, Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote und vor
270 allem über Angebote für junge Familien. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein
271 entscheidender Faktor im überregionalen Wettbewerb um Fachkräfte wie auch bei der
272 Gewinnung von Frauen für den Arbeitsmarkt.

273 Ländliche Regionen können auch attraktiv für qualifizierte Zuwanderer werden. Die Vo-
274 raussetzung schaffen wir mit der Vereinfachung der Anerkennung von im Ausland erwor-
275 benen Berufsqualifikationen. Ein positives Image der Region und eine Willkommenskultur
276 sind ebenfalls unverzichtbar.

277 Zusätzlich zur Fachkräftewerbung kommt der Weiterbildung der Arbeitnehmer eine immer
278 größere Bedeutung zu. Wichtig sind regionale Wissensnetze und die Entwicklung von pra-
279 xisnahen Fortbildungsangeboten für die Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen an
280 ländlichen Fachhochschulen und Berufsschulzentren.

281 Um die Wirtschaftskraft in ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken, richten wir die Wirt-
282 schaftsförderung verstärkt auf mittelständische Unternehmen aus. Besonders wichtig sind
283 Hilfestellungen bei der Markterschließung – auch von Exportmärkten –, Initiativen zur
284 Verbesserung der Kapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen und Innova-
285 tionen. Die CDU bekennt sich dabei zu regional verankerten Kreditinstituten und den
286 Erhalt des mehrgliedrigen Bankensystems, insbesondere der Sparkassen- und Genossen-
287 schaftsbanken. Sie sind unverzichtbar zur Sicherung der Kredit- und Liquiditätsversorgung
288 der kleinen und mittelständischen Unternehmen.

289 **Wir stehen verlässlich zur Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft.**

290 Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind wichtige und standorttreue Wirtschaftskräfte.
291 Ihre Erlöse fließen zuvorderst den ländlichen Räumen und regionalen Wirtschaftskreisläu-
292 fen zu. Sie haben unverzichtbare ökologische Funktionen und pflegen die Kulturlandschaft.
293 Auch die Ernährungswirtschaft, die zu den fünf großen Industriebranchen in Deutschland
294 zählt, hat ihre Standorte auf dem Land. Wir werden diese Basis der ländlichen Wirtschaft
295 deshalb weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

296 Ein breit gestreutes Eigentum sichert die Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der
297 Land- und Forstwirtschaft. Um ihre Produktionsgrundlage zu erhalten gilt es, mit Boden,
298 vor allem mit wertvollen land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen, bewusster umzuge-
299 hen und die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs-, Verkehrs- und Energieprojekte so
300 gering wie möglich halten. Wir halten an dem Ziel fest, den täglichen Flächenverbrauch
301 von derzeit fast 90 auf 30 Hektar zu senken. Beim naturschutzfachlichen Ausgleich stärken
302 wir Maßnahmen, die auf qualitative Verbesserungen bestehender Naturschutzflächen und
303 Entsiegelung ausgerichtet sind. Wir streben an, diese Grundsätze in bundeseinheitlichen
304 Standards zur Anwendung der Eingriffs- und Ausgleichregelung festzuschreiben.

305 Bei den Verhandlungen um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Eu-
306 ropäischen Union setzen wir uns für den Erhalt der landwirtschaftlichen Direktzahlungen
307 und der Förderung von Investitionen sowie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen ein.
308 Landwirtschaft muss auch in benachteiligten Gebieten, in Grünland-, Berg- und Mittelge-
309 birgsregionen eine verlässliche Perspektive haben. Es bleibt unser Ziel, die bäuerlich-
310 unternehmerische, lokal verwurzelte Landwirtschaft in Deutschland und Europa in ihrer
311 Vielfalt zu erhalten. Diese verbindet Eigentum und Arbeit, unternehmerische Initiative und
312 nachhaltiges Wirtschaften in Verantwortung für die nächste Generation und gewährleis-
313 tet, dass die Wertschöpfung in den ländlichen Regionen bleibt.

314 Landwirtschaftliche Tierhaltung, Vermarktung und Verarbeitung haben erhebliche Wert-
315 schöpfungspotenziale. Wir setzen uns dafür ein, dass Ställe und Verarbeitungsbetriebe
316 unter Beachtung des Umwelt- und Tierschutzes und eingepasst in das regionale Land-
317 schaftsbild genehmigt werden. Sie brauchen aber auch die Akzeptanz der Bürger vor Ort.
318 Die Gemeinden müssen Nutzungskonflikte vermeiden und den Bau größerer gewerblicher
319 Anlagen steuern. Dafür sind die planungsrechtlichen Verfahren unter Beibehaltung der
320 Privilegierung für die Landwirtschaft zu verfeinern und konsequent umzusetzen. Landwir-

321 te und Ernährungswirtschaft fordern wir auf, bei Bauvorhaben frühzeitig den Dialog mit
322 der örtlichen Bevölkerung zu suchen.

323 Wir wollen den Landwirt als ländlichen Unternehmer stärken. Landwirte tragen durch die
324 Übernahme neuer Tätigkeiten zur Verbreiterung und Stabilisierung sowohl ihrer Betriebe
325 als auch der regionalen Wirtschaftsstruktur bei. Weiterverarbeitung, Direktvermarktung
326 und Konzepte, bei denen mehrere Landwirte und zum Teil auch Gastwirte und Lebensmit-
327 telhandel zusammenarbeiten, haben gute Erfolgchancen, denn Regionalität und Transpa-
328 renz sind starke Trends in unserer Gesellschaft. Damit regionale Lebensmittel besser
329 glaubhaft gekennzeichnet und vermarktet werden können, wollen wir verlässliche Krite-
330 rien für eine freiwillige regionale Kennzeichnung von Lebensmitteln schaffen.

331 Weitere Möglichkeiten zur Erschließung neuer wirtschaftlicher Chancen für landwirt-
332 schaftliche Betriebe sind soziale Dienstleistungen wie hauswirtschaftliche Fachservices
333 und Seniorenhöfe, Landschaftspflege, die Entwicklung neuer Produkte und die Erzeugung
334 von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen zur stofflichen Verwertung. Dafür muss
335 auch die Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude möglich bleiben.

336 Agrar- und ernährungswirtschaftliche Cluster sind in vielen Regionen der Wirtschaftsfak-
337 tor Nummer eins. Die Betriebe der Agrarwirtschaft, von der Landmaschinenteknik bis zur
338 Lebensmittelverarbeitung, müssen leistungsfähig auf den heimischen wie auf internatio-
339 nalen Märkten sein. Wir werden sie deshalb weiterhin durch Forschung und Entwicklung in
340 ihrer Innovationskraft und Qualitätsproduktion unterstützen und ihnen bei der Erschlie-
341 ßung von neuen Märkten, z. B. durch Auslandsmesseförderung, zur Seite stehen.

342

343 **3. Handlungsfeld Breitband –**

344 **Für den flächendeckenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen**

345 Für eine erfolgreiche Entwicklung im ländlichen Raum ist der Breitbandausbau von zentra-
346 ler Bedeutung. Nahezu alle Ansiedlungsentscheidungen hängen vom Zugang zum schnel-
347 len Internet ab. Unternehmen, Gewerbetreibende und Telearbeiter brauchen leistungsfä-
348 hige Anschlüsse für ihre beruflichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten. Unser Ziel ist die
349 volle Versorgung im ländlichen Raum. Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten müs-
350 sen den Menschen auf dem Land genauso zur Verfügung stehen wie in den Städten.

351 Ein leistungsfähiger Breitbandanschluss gehört für uns – schon wegen des Zusammen-
352 wachsens von Fernsehen, Internet und Telefon sowie zur Etablierung der Telemedizin und

353 zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum – zur öffentlichen
354 Daseinsvorsorge.

355 Die Breitbandgrundversorgung (mindestens ein Megabit pro Sekunde) ist weitgehend er-
356 reicht. Das ist ein Erfolg der Breitbandstrategie der Bundesregierung, der Förderung und
357 Unterstützung des Ausbaus auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie der Ver-
358 pflichtung der Telekommunikationsfirmen zur Versorgung der ländlichen Gebiete mit Fre-
359 quenzen aus den frei gewordenen Rundfunkfrequenzen durch die Digitalisierung (Digitale
360 Dividende).

361 Diese Grundversorgung reicht bei der rasanten technologischen Entwicklung allerdings
362 längst nicht aus. Die vergleichsweise schlechtere Internetversorgung in vielen ländlichen
363 Gebieten muss zur Sicherung der Entwicklungschancen und zur Gleichwertigkeit der Le-
364 bensbedingungen in kurzer Frist überwunden werden. Bis 2014 sollen für 75 Prozent der
365 Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur
366 Verfügung stehen mit dem Ziel, solche Hochleistungsnetze möglichst bald auch flächen-
367 deckend verfügbar zu haben. Wir werden deshalb die Breitbandversorgung über Glasfa-
368 serkabel in den nächsten Jahren noch viel stärker vorantreiben und zusätzlich eine leis-
369 tungsfähige Funkinfrastruktur für die mobile Anwendung im ländlichen Raum anstreben.

370 Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz 2012 haben wir bereits bessere Anreize für
371 Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze geschaffen. Die Bundesnetzagentur
372 muss bei ihren Regulierungsentscheidungen künftig regionale Besonderheiten berücksich-
373 tigen, der Netzausbau wird erleichtert durch die Möglichkeit der Mitnutzung anderer Inf-
374 rastrukturen, wie etwa Abwasserkanäle und Energienetze. Wir begrüßen die entsprechen-
375 den Kooperationen zwischen Energieversorgern und Telekommunikationsanbietern. Ge-
376 genüber dem Bund haben die Unternehmen einen Anspruch auf Mitnutzung seiner Infra-
377 strukturen, wie Bundesstraßen und Eisenbahntrassen, erhalten. Glasfaserleitungen dürfen
378 künftig vielfach mit einer geringeren Tiefe verlegt werden (Microtrenching) – und damit
379 schneller und kostengünstiger. Das ist ein wichtiger Fortschritt auf dem Weg zu einer flä-
380 chendeckenden Versorgung. Wir streben an, die rechtlichen Rahmenbedingungen auch im
381 Bau- und Planungsrecht zu optimieren, damit mögliche Synergieeffekte auch tatsächlich
382 ausgeschöpft werden.

383 Wir setzen insbesondere auf kommunale Investitionen. Wir fordern Bürgermeister, Land-
384 räte und Wirtschaftsförderer auf, die Initiative zu ergreifen und die vorhandenen Förder-
385 maßnahmen und die verbesserten Rahmenbedingungen zu nutzen. Ähnlich wie bei der

386 Energieversorgung eignen sich zur Finanzierung auch hier oftmals Bürgergenossenschaf-
387 ten und Bürgerkapitalgesellschaften.

388 Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für die mobile Internetnutzung weiter zu erhö-
389 hen, muss bei der nächsten Vergabe von Rundfunkfrequenzen (Digitale Dividende II) si-
390 chergestellt werden, dass der ländliche Raum ausreichend und gleichwertig versorgt wird.

391

392 **4. Handlungsfeld Medizin –**

393 **Für mehr Landärzte und gut versorgte Patienten**

394 Der Erhalt einer guten flächendeckenden medizinischen Versorgung ist unverzichtbar. Für
395 Landärzte wird es aber zunehmend schwieriger, geeignete Nachfolger zu finden. Für uns
396 gilt: Eine Medizin zweiter Klasse im ländlichen Raum darf es nicht geben!

397 Wir werden die Initiativen gegen den Ärztemangel auf dem Land fortführen und die Struk-
398 turen so gestalten, dass für junge Mediziner der ländliche Raum attraktiv und die Bevölke-
399 rung gut versorgt bleibt. Das gilt für ärztliche, zahn- und fachärztliche Leistungen und
400 schließt auch die gute Erreichbarkeit von Kinderärzten ein, die für Familien im ländlichen
401 Raum sehr wichtig ist. Um dies zu gewährleisten, ist eine Kooperation aller Verantwortli-
402 chen erforderlich. Bund, Länder, Kommunen, Krankenkassen, kassen-/zahnärztliche Verei-
403 nigungen und Krankenhausträger müssen zusammenarbeiten. Die ambulante und die sta-
404 tionäre medizinische Versorgung sowie der Rettungsdienst und die Notfallversorgung
405 müssen gut aufeinander abgestimmt und vernetzt werden.

406 Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir einen umfassenden Katalog von Anreizen
407 und finanziellen Unterstützungen auf den Weg gebracht, die es Ärzten erleichtern, sich in
408 ländlichen Regionen niederzulassen. Bei der Planung des Ärztebedarfs können nun die
409 Versorgungsgebiete zielgenauer und kleinräumiger zugeschnitten werden. Ärzte, die be-
410 reit sind, sich in unterversorgten Regionen niederzulassen, werden von Begrenzungen der
411 Vergütung ausgenommen, können Preiszuschläge für ihre Leistungen erhalten und von
412 den kassenärztlichen Vereinigungen über einen Strukturfonds gefördert werden. Auch der
413 Ausbau der Telemedizin im ländlichen Raum wird durch eine bessere Vergütung gefördert.

414 Die ländlichen Regionen müssen für niederlassungswillige Ärzte attraktive Lebens- und
415 Arbeitsbedingungen schaffen und mehr Medizinstudenten fürs Land gewinnen. In den
416 CDU-geführten Ländern gibt es bereits viele Initiativen. So haben z. B. die Länder Sachsen,
417 Sachsen-Anhalt und Thüringen Stipendienprogramme für Medizinstudenten initiiert, die

418 sich nach der Ausbildung in unterversorgten Gebieten niederlassen wollen. Sowohl auf
419 Länder- wie auf kommunaler Ebene gibt es zudem zahlreiche Förderungen, die Landärzten
420 bei der Praxisgründung helfen. Hessen hat beispielsweise das Bürgerschaftsprogramm zur
421 Unterstützung junger Ärzte auf dem Land. In Sachsen sind die Sanierung und Ausstattung
422 von Arztpraxen wie auch die Mehrkosten für die Ausstattung von Fahrzeugen für medizi-
423 nische Dienstleistungen feste Bestandteile des Förderprogramms „Integrierte Ländliche
424 Entwicklung“. Auch Niedersachsen und andere CDU-geführte Länder fördern Ärzte beson-
425 ders, die in unterversorgten Gebieten Praxen eröffnen wollen.

426 Die CDU setzt sich für eine gemeinsam von Bund, Ländern, Kassen, Krankenhäusern und
427 Ärzteschaft getragene Informationskampagne „Mehr Ärzte aufs Land“ ein, mit der für die
428 ärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum geworben wird.

429 Wir werden zudem die Zulassungsbedingungen für das Medizinstudium (Anerkennung von
430 Berufs- und Ausbildungserfahrung in anderen medizinischen Berufen, Landarztquote)
431 überprüfen und streben durch eine Änderung der Approbationsordnung eine bessere Vor-
432 bereitung im Studium auf die Tätigkeit als Allgemeinmediziner und Landarzt an. Ebenso
433 wird die Schaffung attraktiver Weiterbildungsmöglichkeiten und –verbünde helfen, Hür-
434 den abzubauen, die junge Ärzte derzeit von der Übernahme einer Landarztpraxis abhalten.

435 In dünn besiedelten Gebieten gilt es, mit Unterstützung der Kommunen Arztstationen
436 einzurichten, in denen Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen abwechselnd ihre
437 Sprechstunde abhalten können. Eine Möglichkeit besteht auch darin, Gemeinschaftspra-
438 xen mit zusätzlichen mobilen Diensten auszubauen.

439 Grundsätzlich soll die ambulante medizinische Versorgung auch zukünftig durch freiberuf-
440 liche Haus- und Fachärzte erfolgen. Wo eine flächendeckende Versorgung gefährdet ist,
441 müssen die kassenärztlichen Vereinigungen jedoch Eigeneinrichtungen betreiben.

442 Die in zahlreichen Modellversuchen erprobte Übertragung medizinischer Assistenzleis-
443 tungen auf besonders geschultes medizinisches Fachpersonal wollen wir nun in der Breite
444 umsetzen und dafür verbindliche und dauerhafte Regelungen schaffen. Dabei sollen auch
445 möglichst flächendeckend Strukturen zur elektronischen Patientenbetreuung ergänzend
446 zur ärztlichen Behandlung geschaffen werden.

447 Rettungsdienste und Notfallversorgung müssen auf dem Land gewährleistet sein. Über die
448 in vielen Regionen notwendige Neuorganisation der Notfallversorgung müssen sich vor

449 allem die Ärzte untereinander einigen. Das Notdienstangebot der Krankenhäuser muss mit
450 einbezogen werden, etwa in Form der Schaffung integrierter Notfallzentren.

451 Die Krankenhausversorgung ist geprägt von Trends der Spezialisierung, der Fusionen und
452 Kooperationen. Für eine flächendeckende Versorgung werden wir Portalkliniken und Ver-
453 sorgungszentren verlässlich unterstützen. In Ergänzung zur immer spezialisierteren statio-
454 nären Behandlung in weiter entfernten Fachkliniken, kommt heute der wohnortnahen
455 Nachsorge eine größere Bedeutung zu. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, gesundheits-
456 politische Gesamtkonzepte für ländliche Räume zu erarbeiten, bei denen Krankenhäuser,
457 Haus- und Fachärzte, Kurzzeitpflege usw. einbezogen sind.

458

459 **5. Handlungsfeld Mobilität –**

460 **Für eine gute Verkehrsanbindung**

461 Der ländliche Raum braucht gute Verbindungen. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf,
462 Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser, Schulen, Banken, Post sowie Ein-
463 kaufsmöglichkeiten für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs, gut erreichen kön-
464 nen.

465 Wir werden den ländlichen Raum beim Ausbau und der Modernisierung der Verkehrsinfra-
466 struktur weiterhin unterstützen, den Straßenbau fortsetzen und insbesondere das Bun-
467 desautobahnnetz zügig vervollständigen. Dabei hat die Anbindung der ländlichen Räume
468 an die großen Verkehrsachsen (Straße wie Schiene) und die wirtschaftlichen Zentren eine
469 besondere Priorität, weil wir auf diesem Weg die gewünschten Impulse für eine bessere
470 wirtschaftliche Vernetzung zwischen den Regionen befördern.

471 Zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur gehört auch der Ausbau der Elektromobili-
472 tät. In ländlichen Regionen finden die täglichen Fahrten in der Regel in einem Umkreis von
473 50 Kilometern statt. Aufgrund der Wohn- und Arbeitssituation ist es meist einfach, ge-
474 schützte Ladestationen in privaten Garagen oder bei Unternehmen zu installieren. Ebenso
475 steht ortsnah Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung. Insofern finden sich in den
476 ländlichen Regionen ideale Bedingungen zur Erprobung und Weiterentwicklung von Elek-
477 troautos. Das schließt den Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrräder – bevorzugt an
478 Haltestellen von Bussen und Bahnen – mit ein.

479 Die CDU wird ebenso den Öffentlichen Personennahverkehr bedarfsgerecht weiterentwi-
480 ckeln und seine Finanzierung sicherstellen.

481 Angesichts des Rückgangs der Einwohner- und Schülerzahlen bei gleichzeitiger Zunahme
482 älterer Menschen ist es notwendig, den ÖPNV vielerorts erheblich umzugestalten. Anders
483 als der klassische Linienverkehr arbeiten moderne Konzepte des öffentlichen Personen-
484 verkehrs auf dem Land stärker anlassbezogen und individuell.

485 Für die Anbindung entlegener Orte werden wir deshalb den Ausbau neuer Transportfor-
486 men, wie z. B. Seniorentaxen, Bürger- und Anrufbusse, Kombibusse, die Personen, Fahrrä-
487 der, Pakete und andere Güter transportieren, und internetgestützte Mitfahrmöglichkeiten
488 ausbauen. Es geht darum, vor allem Kinder, Jugendliche und ältere Bürger nach individuel-
489 lem Wunsch oder gesammelt für bestimmte Anlässe zum Zielort zu bringen. Auch werden
490 wir prüfen, ob der durch Bund und Länder gesetzte Rechtsrahmen oder vorgeschriebene
491 Standards, z. B. im Personenbeförderungsgesetz, die Einführung von alternativen Ange-
492 botsformen behindern und wo nötig Anpassungen vornehmen.

493 Aus den Erkenntnissen der vielfältigen Modellprojekte wollen wir Konzepte entwickeln,
494 die bedarfsgerecht und finanzierbar sind sowie mit dem Schienenverkehr und zukünftig
495 mit den Fernbuslinien vernetzt sind.

496

497 **6. Handlungsfeld Nahversorgung –** 498 **Für Bürger- und Verbraucherfreundlichkeit**

499 Schrumpfende Bevölkerungszahlen sowie veränderte Konsum- und Mobilitätsgewohnhei-
500 ten stellen die tägliche Nahversorgung vor neue Herausforderungen. In kleineren Ge-
501 meinden gibt es heute nicht mehr überall Lebensmittelläden, Poststellen, Apotheken und
502 Dienstleister.

503 Die großen Unterschiede zwischen einzelnen Dörfern und Kleinstädten zeigen, dass durch
504 die Rahmenbedingungen das Angebot durchaus beeinflusst werden kann. Noch intakte
505 Einzelhandels- und Versorgungsstrukturen wollen wir sichern und ihre Attraktivität stei-
506 gern. Dazu gilt es vor allen Dingen, die Grundzentren zu starken Nahversorgungsstandor-
507 ten auszubauen. Sie müssen gut an den ÖPNV angeschlossen sein. Auch die aufkommende
508 Bereitschaft beim Lebensmittelhandel zu kleineren, wohnungsnahen Filialen – sogenannte
509 „Lädchen für alles“ – bietet für die Sicherstellung eines auf die Grundbedürfnisse der Be-
510 wohner zugeschnittenen Angebotes neue Chancen. Ob diese genutzt werden können,
511 hängt vor allen Dingen von der Annahme durch die Bürger ab. Sie entscheiden letztlich
512 über das Angebot.

513 Wo es keine von der Wirtschaft selbst getragene feste Versorgungsstruktur mehr gibt,
514 fördern wir private Initiative! Durch das Engagement der Bürger können Dorfläden und
515 Markttreffs entstehen, die gleichzeitig Kommunikations- und Dienstleistungsort, Poststel-
516 le, Café, Hol- und Bringdienst, Apothekenservice, Reinigung, Lebensmittel- und Drogerie-
517 handel in einem sind. Im Rahmen von Modellprojekten werden derartige Bürgerinitiativen
518 schon heute wirksam erprobt und gefördert. Die Gründung von Genossenschaften kann
519 hier eine wichtige Rolle spielen.

520 Ein drittes Standbein der ländlichen Nahversorgung sind mobile Angebote, wie z. B. rol-
521 lende Bankfilialen, Verkaufsläden, Direktvermarkter oder Bücherbusse. Diese unterstützen
522 wir ebenfalls. Auch bei der Versorgung ländlicher Räume mit Medikamenten sollen mobile
523 Apotheken und Bringdienste stärker zum Einsatz kommen.

524

525 **7. Handlungsfeld Bildung –**

526 **Für gleichwertige Schulen und eine gute Aus- und Weiterbildung**

527 Nirgendwo machen sich die rückläufigen Geburtenzahlen so stark bemerkbar wie in den
528 Schulen auf dem Land.. Dennoch bleibt unser Ziel ein differenziertes, leistungsorientiertes
529 und für jeden Schüler gut erreichbares Angebot mit vielfältigen Übergangsmöglichkeiten.
530 Dafür entwickeln eine Reihe von Bundesländern attraktive Schulformen, in denen die Bil-
531 dungsgänge von Haupt- und Realschulen unter einem Dach angeboten werden. Dabei wird
532 die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Bildungsgängen weiterentwickelt. Diese Schul-
533 formen haben sich in vielen Untersuchungen als leistungsfähig erwiesen und stärken das
534 differenzierte Schulsystem gegen die Einheitsschule. Nach dem Haupt- und Realschulab-
535 schluss führt der Weg entweder in die Berufsausbildung oder zur Allgemeinen Hochschul-
536 reife. Mit der konsequenten Verwirklichung des Grundsatzes „Kein Abschluss ohne An-
537 schluss“ eröffnet die CDU den Jugendlichen im ländlichen Raum den bestmöglichen Bil-
538 dungsweg.

539 Angesichts der Stabilität und Vorhersagbarkeit des Rückgangs der Schülerzahlen in vielen
540 ländlichen Regionen muss eine stärkere Konzentration auf zukunftsfähige Schulstandorte
541 erfolgen. Hier sind die Kommunen und Schulträger gefordert, vernünftige Schulnetzpla-
542 nungen zu erstellen. Dabei wollen wir uns an folgender Richtschnur orientieren:

543 Bei den Grundschulen halten wir am Prinzip der Wohnortnähe und kurzen Wege fest. Dort,
544 wo der demografische Wandel die Schülerzahlen drastisch zurückgehen lässt, treten wir

545 für die Zulassung kleiner Grundschulen und die Überarbeitung der Anforderungen an die
546 Klassengrößen ein. Kleine Schulen erfordern ein anderes pädagogisches Konzept, können
547 dann aber einen ebenso guten Bildungserfolg leisten. Dabei werden wir Kooperationsmög-
548 lichkeiten mit örtlichen Kindertagesstätten und den Schulen der Sekundarstufe I nutzen.
549 Ein gutes Beispiel dafür ist die Einrichtung von Bildungshäusern für Drei- bis Zehnjährige.
550 In diesen Häusern kann nicht nur der frühe Bildungsweg der Kinder nach individuellen Be-
551 dürfnissen gestaltet werden, in ihnen können auch kleine Bibliotheken eingerichtet wer-
552 den und Sprechstunden von Sozialpädagogen stattfinden.

553 Bei den weiterführenden Schulen hat für uns ein differenziertes Angebot für die unter-
554 schiedlichen Begabungen und Interessen einen hohen Stellenwert. Dies setzt eine Min-
555 destgröße an Schülerzahlen voraus, die nicht immer am Wohnort gegeben ist. Wir brau-
556 chen daher auch eine intensivere kreisübergreifende Zusammenarbeit. Dies schließt einen
557 leistungsfähigen Schülertransport mit ein. Gleichzeitig werden wir auch im ländlichen
558 Raum die Ganztagsangebote ausbauen. Dabei wollen wir die Möglichkeiten, die die zahl-
559 reichen Vereine und nachbarschaftlichen Strukturen, aber auch die Kirchen bieten, für die
560 Bildungszusammenarbeit nutzen.

561 Die CDU setzt darauf, dass Schülerinnen und Schüler sich schon während der Schulzeit
562 intensiv mit den regionalen Wirtschaftsstrukturen, mit Beschäftigungschancen, und dem
563 Berufsleben vertraut machen können. Wir begrüßen die zahlreichen guten Beispiele der
564 Zusammenarbeit zwischen Schulen und örtlicher Wirtschaft. Auch Aktivitäten wie „Lernort
565 Bauernhof“ oder die Einbindung von Praktikern in den Unterricht allgemeinbildender
566 Schulen unterstützen dieses Ziel.

567 Unser duales Bildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands. Es spielt gerade im
568 ländlichen Raum eine große Rolle für die Qualifizierung und den Berufseinstieg junger
569 Menschen. Wir wollen es leistungs- und zukunftsfähig halten durch eine bedarfsgerechte
570 Aktualisierung der Berufsbilder und Anpassung der Ausbildungsinhalte. Einzelne Berufe
571 wollen wir zu Berufsfamilien zusammenfassen und so nicht nur einer Überspezialisierung
572 entgegenwirken, sondern auch einen Beitrag dazu leisten, dass eine möglichst große
573 Bandbreite der Berufsausbildungen in den Regionen absolviert werden können. Wir setzen
574 uns für eine ausreichende Zahl leistungsfähiger Berufsschulen in allen Regionen ein und
575 werden diese mit Ressourcen ausstatten, dass sie als starke Partner und Dienstleister an
576 der Seite der Betriebe ihren Aufgaben nachkommen können.

577 Ein wichtiges Anliegen ist uns, den Übergang von Schule in Ausbildung zu verbessern. Das
578 beginnt mit Informationsveranstaltungen der Wirtschaft über das Ausbildungsplatzange-
579 bot. Wir wollen aber z. B. auch Senioren, die sich mit den Wirtschafts- und Ausbildungs-
580 strukturen in der Region gut auskennen, für die Begleitung von Schülern als ehrenamtliche
581 Ausbildungspaten gewinnen. Unser Ziel ist, dass die Jugendlichen in ihrer Heimatregion
582 eine gute Ausbildung machen können und die Betriebe die für sie geeigneten Auszubil-
583 denden finden.

584 Wir arbeiten an der Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und
585 Hochschulen, insbesondere in die dualen Studiengänge. Denn diese liegt gerade im Inte-
586 resse vieler Jugendlicher und mittelständischer Unternehmen im ländlichen Raum.

587 Beim Ausbau von Hochschulen, insbesondere Fachhochschulen und Berufsakademien,
588 werden wir den ländlichen Raum berücksichtigen. Dies gilt vor allem dort, wo es korres-
589 pondierende Wirtschaftszweige gibt.

590 In der Wissensgesellschaft gewinnt lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Die
591 Rahmenbedingungen dafür wollen wir auch auf dem Land verbessern. Unser Ziel ist ein
592 flächendeckendes Angebot an Weiterbildung durch Beratungsnetzwerke, Berufsbildungs-
593 stätten, Volkshochschulen, Anbieter der ländlichen Erwachsenenbildung (Landfrauen,
594 Landjugend), ländliche Bildungszentren, regionalen Fach- und Hochschulen, Abendgymna-
595 sien und berufsbildenden Schulen. Die Vernetzung von Einrichtungen schafft Synergien
596 und ermöglicht einen wirtschaftlichen Betrieb. Die Bundesregierung fördert mit den „Ler-
597 nenden Regionen“ und „Lernen vor Ort“ bereits solche Netzwerke der Weiterbildung in der
598 Fläche.

599

600 **8. Handlungsfeld Lebenswelten –**

601 **Für Lebensqualität von Familien, jungen Menschen und Senioren**

602 Die CDU setzt darauf, dass sich die Menschen im ländlichen Raum wohlfühlen und sich mit
603 ihrer Heimat identifizieren. Dafür muss es auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote
604 und Teilhabemöglichkeiten geben.

605 **Wir unterstützen Familien.**

606 Die Vorteile, die das Landleben für Familien haben kann – bezahlbarer Wohnraum, Natur-
607 nähe, Zusammenhalt – wollen wir durch die Förderung junger Familien stärker zum Tragen
608 bringen.

609 Wir regen lokale Bündnisse für Familien an, in denen Politik, Wirtschaft, Kirchen, Erzie-
610 hungs- und Bildungseinrichtungen gemeinsam an der Verwirklichung familienfreundlicher
611 Ziele, wie einer Verbesserung der Kinderbetreuung, der Förderung der Familiengesundheit
612 und dem Miteinander der Generationen arbeiten. Dabei ergeben sich vielfältige Chancen
613 für ehrenamtliches Engagement.

614 Ziel der CDU ist es, die Wahlfreiheit in der Kindererziehung und die Vereinbarkeit von Fa-
615 milie und Beruf im ländlichen Raum ebenso zu gewährleisten wie in den städtischen Bal-
616 lungsbereichen. Alle Arbeitgeber wollen wir deshalb für die Einführung von möglichst fle-
617 xiblen Arbeitszeiten gewinnen und in den kommunalen Verwaltungsbereichen mit gutem
618 Beispiel vorangehen. Ebenso gilt es, die Öffnungszeiten für die Kinderbetreuungseinrich-
619 tungen flexibel zu gestalten und schon in der Grundschule eine verlässliche Unterrichts-
620 und Betreuungszeit zu gewährleisten. Ganztagsangebote werden wir weiter bedarfsge-
621 recht ausbauen.

622 Wir stehen dazu, dass Eltern überall in Deutschland ab 2013 einen Rechtsanspruch für die
623 Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erhalten. Neben Kinderta-
624 gesstätten spielen auf dem Land die Tagesmütter eine wichtige Rolle. Ihre Qualifikation
625 werden wir weiter unterstützen und für ihre faire Bezahlung eintreten.

626 Gerade auf dem Land entscheiden sich viele Eltern dafür, ihre Kinder in den ersten Lebens-
627 jahren zu Hause selbst zu betreuen. Ihr Familienmodell hat unseren Respekt und unsere
628 Unterstützung. Wir werden deshalb ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und
629 Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite
630 und ab dem Jahr 2014 von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes ein-
631 führen.

632 In ländlichen Gegenden übernehmen zudem oft Großeltern, Verwandte und Nachbarn
633 Verantwortung in der Kinderbetreuung und verdienen höchste Anerkennung. Analog zur
634 dreijährigen Elternzeit werden wir eine Großelternzeit einführen, damit Großeltern leichter
635 eine Auszeit vom Beruf nehmen können, wenn sie sich um ihre Enkel kümmern.

636 **Wir geben der Jugend Perspektiven und Beteiligungsmöglichkeiten.**

637 Für die Zukunft der ländlichen Räume ist die Jugend entscheidend. Unser Ziel ist es, deren
638 Bindungen an Dorf und Region zu stärken. Deshalb wollen wir jungen Menschen schon
639 früh die Möglichkeit eröffnen, sich einzubringen und an Entwicklungsprozessen zu betei-
640 ligen. Sie sollen erfahren, dass es auf dem Land viele Chancen gibt mitzugestalten und et-

641 was zu verändern. Als politische Partei wirbt die CDU besonders um junge Kandidaten für
642 die Wahl in die Gemeinde- und Kreisgremien.

643 Jugendliche sind oft bereit, Verantwortung zu übernehmen. Über lokale Dienstleistungs-
644 bzw. Taschengeldbörsen kann ihnen beispielsweise die Möglichkeit eröffnet werden, für
645 Senioren kleine Dienste zu übernehmen oder sich bei Gemeinde- und Naturschutzarbeiten
646 zu engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt der ganzen Dorfgemeinschaft.

647 Wir unterstützen die örtlichen Vereine, die eine aktive Jugendarbeit leisten. Gerade die
648 Landjugendverbände spielen für die Gemeinschaft der Jugendlichen eine große Rolle. Die
649 Bundesregierung fördert ihre Bildungsarbeit aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans.
650 Sie haben unsere volle Unterstützung. Dasselbe gilt für die Jugendgruppen der Kirchen,
651 der demokratischen Parteien und der örtlichen Vereine. Sie alle leisten wichtige Arbeit.

652 Jugendliche brauchen ausreichende Sportmöglichkeiten. Intakte Sportstätten sind deshalb
653 ebenso unverzichtbar wie eine lebendige Vereinsstruktur. Sie helfen Jugendlichen bei ei-
654 ner sinnvollen Freizeitgestaltung, zur Anerkennung in der dörflichen Gemeinschaft und
655 zur Herausbildung einer regionalen Identität.

656 In dünner besiedelten Gebieten ist bei der Jugendarbeit viel Flexibilität gefragt. Deshalb
657 unterstützen wir gemeindeübergreifende Kooperationen, die Vernetzung von Jugend- und
658 Seniorenhilfe und Projekte der mobilen Jugendarbeit. Wir regen an, in den Landkreisen
659 Jugendlandkarten mit Freizeit-, Vereins-, Bildungs- und Hilfeangeboten für Jugendliche
660 aufzulegen und regionale Ferienprogramme anzubieten.

661 Es ist erklärtes Ziel der CDU, durch Engagement und Vorbeugung die Ausbreitung extre-
662 mistischen Gedankenguts unter Jugendlichen zu verhindern. Dabei stehen wir gegen
663 Links- wie Rechtsextremismus gleichermaßen. Wir setzen uns für eine aktive Förderung
664 von Schulprojekten und gemeinnützigen Einrichtungen, wie z. B. Jugendhäusern, ebenso
665 ein wie für die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Kirchengemeinden
666 und Jugendverbänden. Für uns gilt: Im Kampf gegen den Extremismus sind die aktive Bür-
667 gergesellschaft, aber keinesfalls andere Extremisten die richtigen Partner.

668 **Wir schaffen attraktive Angebote für Senioren.**

669 Die CDU steht für ein aktives Leben der Senioren in den ländlichen Regionen. Senioren
670 haben Ideen und Lust, sich in das Gemeinschaftsleben einzubringen. Der Zusammenhalt
671 der Menschen und der Generationen kann davon besonders profitieren.

672 Bei der Entwicklungsplanung werden wir die besonderen Bedürfnisse von älteren Men-
673 schen an Mobilität, Gesundheits-, Pflege- und Serviceeinrichtungen berücksichtigen.
674 Durch altengerechte Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und ein an den Interessen
675 und Fähigkeiten älterer Menschen ausgerichtetes Freizeit- und Weiterbildungsangebot
676 sorgen wir dafür, dass der ländliche Raum ein attraktiver Lebensraum für sie bleibt. Senio-
677 renwohnkonzepte gehören mitten in die Dörfer und damit ins Zentrum des Dorflebens.
678 ÖPNV-Angebote und Fahrzeiten müssen auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerich-
679 tet werden. Zudem gilt es, Senientaxen und Bringdienste einzurichten.

680 Wir wollen die Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum ausbauen, einschließlich der Kurz-
681 zeit- und Tagespflege. Ehrenamtliche Unterstützung, private Dienstleistungen und öffent-
682 liche Hilfen werden wir in den Kommunen wirkungsvoll vernetzen. Durch das neue Pfleg-
683 gesetz werden Pflegewohngemeinschaften stärker gefördert, erhalten Zuschüsse für Um-
684 bauten und die Beschäftigung von Hilfskräften. Für ihre Einrichtung wollen wir gerade
685 auch in ländlichen Regionen werben, wo es oftmals preiswerten Wohnraum gibt, der barri-
686 erefrei umgestaltet werden kann.

687

688 **9. Handlungsfeld Ehrenamt und Sicherheit–**

689 **Für eine aktive Bürgergesellschaft**

690 **Für die CDU ist das Ehrenamt eine Ehrensache.**

691 Zu den Stärken des ländlichen Raums zählt, dass viele Bürger ehrenamtlich aktiv sind.
692 Durch ihr Engagement gestalten sie das Gemeinwesen. Freiwilliges Engagement schafft
693 Gemeinschaft, lokale Verbundenheit und regionale Identität – Ehrenamt ist ein Stück
694 Heimat! Die Unterstützung von Vereinen und die Förderung des Ehrenamts gehört zu den
695 fundamentalen Anliegen christlich demokratischer Politik.

696 Nur das freiwillige Engagement der Bürger sichert in vielen ländlichen Regionen die Erfül-
697 lung kommunaler Aufgaben. Wer sich beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr, in
698 Netzwerken der Nachbarschaftshilfe – z. B. im Einkaufsdienst für Senioren oder in der Be-
699 treuung von Kindern - sowie in der Jugendarbeit, im Naturschutz und in der Politik enga-
700 giert, verdient größten Respekt. Die zahlreichen Vereine sind zudem oft wichtige Brauch-
701 tumsträger und damit ein wesentlicher Faktor für das Selbstbewusstsein und für die Kultur
702 im ländlichen Raum. Auch diejenigen, die sich in den demokratischen Parteien engagieren

703 und die bereit sind, ein kommunales Mandat zu übernehmen, leisten einen unverzichtba-
704 ren Beitrag zu Gestaltung eines gelingenden Miteinanders.

705 In erster Linie geht es uns um die Stärkung der vorhandenen guten Vereinsstrukturen.
706 Dies ist gerade unter den Bedingungen des demografischen Wandels und der Tatsache,
707 dass viele Menschen nicht in ihrer Heimatgemeinde arbeiten bzw. zur Schule gehen, eine
708 Ausbildung machen oder studieren können eine zunehmend größere Herausforderung.
709 Umso wichtiger sind verlässliche Rahmenbedingungen für Vereine und Organisationen,
710 die ehrenamtliches Engagement begleiten. Die CDU-geführte Bundesregierung hat die
711 Arbeit der Vereine finanziell gestärkt. Die Vereinsfreigrenzen im Steuerrecht wurden an-
712 gehoben und die Vereine von Bürokratie befreit. Für ehrenamtlich Tätige haben wir die
713 Übungsleiterpauschale erhöht, den Versicherungsschutz wesentlich verbessert und die
714 Haftung von ehrenamtlichen Vereinsvorständen und Vorstandsmitglieder begrenzt.

715 Erfolgreiche Unterstützung des Ehrenamtes vor Ort heißt aber gerade nicht, dass Geldmit-
716 tel vom Staat fließen müssen, sondern meist geht es um geeignete Räumlichkeiten und die
717 unbürokratische Genehmigung von Veranstaltungen. Bei beidem kann der ländliche Raum
718 punkten.

719 Die Vernetzung mit den Vereinen sollte fester Bestandteil des pädagogischen Konzeptes
720 der Schulen sein. Dabei müssen im ländlichen Raum auch die Vereine und Verbände aus
721 Ortschaften einbezogen und ermuntert werden, die keine zentralen Schulstandorte sind.

722 Gerade für Leistungen, die dem Gemeinwohl direkt zu Gute kommen, werben wir in den
723 Schulen und örtlichen Betrieben. Eine Reihe von Modellen zeigt, dass sich die feuerwehr-
724 technische Grundausbildung z. B. gut in Schulprojekten durchführen lässt. Dabei können
725 viele Jugendliche für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehrdienst begeistert werden.
726 Vermehrt wollen wir dafür auch junge Frauen ansprechen und gewinnen, denn sie haben
727 im aktiven Dienst der Jugendfeuerwehren nur einen Anteil von elf Prozent.

728 In ländlichen Gebieten ist es nicht einfach – vor allem an Werktagen – eine ausreichende
729 Einsatzbereitschaft bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Katastrophenschutz zu gewähr-
730 leisten. Die CDU setzt deshalb auf gemeindeübergreifende Kooperationen. Das reicht von
731 der gemeinsamen Organisation des Beschaffungswesens über die Zusammenarbeit in der
732 Einsatzbereitschaft bis zur Doppelmitgliedschaft von Berufstätigen am Wohn- und Ar-
733beitsort. Wir überprüfen zudem die Standards, die das Ehrenamt belasten. Dazu zählen z.
734 B. Altersgrenzen, die dem flexiblen Einsatz im Feuerwehrdienst entgegenstehen.

735 Ehrenamtliches Engagement ändert sich auch im ländlichen Raum zunehmend. Viele Men-
736 schen wollen und können sich heute weniger langfristig binden, sondern engagieren sich
737 viel öfter in Projekten, die auf ihre Lebenssituation und ihr Lebensumfeld zugeschnitten
738 sind. Diese Form des Ehrenamtes braucht neue Strukturen. Geeignete Strukturen aufzu-
739 bauen, beispielsweise in Form von Freiwilligenagenturen und –zentren oder die Einfüh-
740 rung von Qualifikationsnachweise fürs Ehrenamt, ist uns ein wichtiges Anliegen.

741 Wir wissen, dass es trotz des schon hohen Engagements im ländlichen Raum noch viele
742 Menschen gibt, die wir für das Ehrenamt gewinnen können. Viele machen erst mit, wenn
743 sie angesprochen und ermuntert werden. Gerade ländliche Regionen sollten deshalb an
744 der bundesweit initiierten „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ teilnehmen und
745 regelmäßig Ehrenamtsbörsen, Freiwilligentage oder Ehrenamtsmessen durchführen.

746 Auch der neue Bundesfreiwilligendienst ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung von Bür-
747 gerschaftlichem Engagement. Er bietet viele Chancen, Engagierte in der Region, aber auch
748 aus den Städten zu gewinnen. Wir regen deshalb an, dass die Angebote auf dem Land auch
749 überregional in den Städten beworben werden.

750 **Wir gewährleisten die Sicherheit im ländlichen Raum.**

751 Sicherheit ist die Voraussetzung für ein positives Heimatgefühl und zugleich ein wichtiger
752 Standortfaktor. Die CDU setzt sich deshalb für eine bürgernahe Polizei ein, die sofort vor
753 Ort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Eine in der Fläche präsent und gut
754 ausgestattete Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen, gerade auch der älte-
755 ren Menschen. Für sie muss es zudem ein größeres Angebot an seniorenrechten Infor-
756 mationsveranstaltungen und Präventionsprogrammen geben, die auf ihre Lebenssituation
757 in ländlichen Regionen zugeschnitten sind.

758 Die CDU nimmt das Sicherbedürfnis der Menschen ernst. Insbesondere der präventive
759 Streifendienst stärkt das Sicherheitsgefühl. Zudem messen wir einer guten Zusammenar-
760 beit zwischen Polizei und örtlichen Vereinen eine hohe Bedeutung zu. Ein gutes Beispiel
761 dafür sind die Sicherheitspartnerschaften oder die Schulung von älteren Bürgerinnen und
762 Bürger durch die Polizei zu Sicherheitspartnern, die in der Nachbarschaft Tipps weitergeben,
763 wie man sich vor kriminellen Überfällen schützen kann. Solche Projekte verbessern nicht nur
764 die Sicherheit, sondern fördern auch eine Kultur des Hinsehens und der Zivilcourage.

765 In vielen ländlichen Grenzregionen stellen sich besondere sicherheitspolitische Heraus-
766 forderungen. Die CDU wird auch dort ihre Politik für mehr Sicherheit fortsetzen, um Straf-

767 taten zu verhindern, vor Gefahren zu schützen und Verbrechen aufzuklären. Diese Politik
768 ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrau-
769 en in den Staat. In der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit wurden in den letz-
770 ten Jahren große Fortschritte erzielt. Die gemeinsamen Zentren, die mit einigen Nachbar-
771 staaten aufgebaut wurden, leisten hervorragende Arbeit zur Verbesserung der Sicherheit
772 in den Grenzgebieten. Entsprechendes gilt für die gemeinsamen Ermittlungsgruppen bei
773 der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Strafsachen. Diese praktische Zusammen-
774 arbeit vor Ort werden wir weiter ausbauen.

775

776 **10. Handlungsfeld ländliche Kommunen –** 777 **Für Dörfer mit Zukunft**

778 Unser Ziel sind lebendige Dörfer und aktive städtische Zentren im ländlichen Raum. Ange-
779 sichts der demografischen Realitäten muss in vielen Regionen ein Bewusstseinswandel
780 einsetzen. Der Weg geht weg vom quantitativen hin zum qualitativen Wachstum, hin zu
781 mehr Lebensqualität und hin zu schöneren Dörfern.

782 Die CDU setzt auf die Bürger vor Ort. Nur mit ihrer aktiven Beteiligung werden sich die
783 Kommunen weiterentwickeln und erneuern.

784 „Zurück in die Dorfkerne, Verhinderung von Zersiedlung“ ist die richtige Devise für ein
785 vitales dörfliches Leben, für beherrschbare Kosten und effizienten Umwelt- und Flächen-
786 schutz im ländlichen Raum. Wir setzen auf die Innenentwicklung in den Dörfern und Klein-
787 städten und werden diese auch in der geplanten Novelle des Baugesetzbuches verbindli-
788 cher machen.

789 Eine zunehmende Herausforderung in vielen Dörfern ist das Immobilienmanagement.
790 Durch den Bevölkerungsrückgang kommt es zu Leerständen von Wohnungen und einem
791 Preisverfall, weil es oft nur noch eine geringe Nachfrage für Immobilien gibt. Durch güns-
792 tige Preise und Unterstützung bei der energetischen Sanierung und Modernisierung ver-
793 bunden mit überregionaler, schlagkräftiger Werbung sowie einem Entwicklungskonzept
794 der Gemeinden (z. B. Familienfreundlichkeit, Gesundheitsversorgung) können neue Nut-
795 zer von jungen Familien bis Seniorenwohngruppen gefunden werden.

796 Für die CDU ist die Bewahrung des landschaftlichen und siedlungsstrukturellen Erbes ein
797 wichtiges Anliegen. Gewachsene Landschaften und regionaltypische Siedlungsformen sind
798 Kulturgüter und stiften Identität. Wir wollen historische Bauwerke und kulturelle Beson-

799 derheiten eingebettet in traditionelle Ortsbilder in einer intakten Natur und Kulturland-
800 schaft erhalten und herausstellen. So vermittelt sich für Bewohner und Touristen in den
801 Kommunen und Regionen Heimat.

802 Die Kirche im Dorf ist uns sehr wichtig. Wir erkennen die Anstrengungen der christlichen
803 Kirchen an, unter veränderten, vielfach erschwerten Bedingungen ihre seelsorgerischen
804 Aufgaben in der Fläche zu erfüllen. Dort, wo die Kirchengebäude nicht mehr im bisherigen
805 Umfang genutzt werden, setzen wir uns dafür ein, sie mit dem Engagement der Menschen
806 als Zentren des gemeindlichen Lebens zu erhalten.

807 Viele Gemeinden im ländlichen Raum mit räumlich getrennten Ortsteilen und Streusied-
808 lungen haben pro Einwohner höhere finanzielle Belastungen, die sich vor allem aus Bau
809 und Unterhalt der Infrastruktur ergeben. Es müssen hierfür möglichst günstige Lösungen
810 gefunden werden, damit die Kosten bei einer rückläufigen Bevölkerung getragen werden
811 können. Wir unterstützen deshalb die ländlichen Räume bei der Entwicklung dezentraler
812 Systeme und bei der Nutzung alternativer Technologien zur Energie-, Wasserver- und Ab-
813 wasserentsorgung.

814 Wir wollen die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit nutzen. In Zukunft wird
815 nicht mehr jede Gemeinde alles machen können. Unser Ziel ist es, eine gesunde Balance zu
816 finden zwischen einem produktiven Wettbewerb, sinnvoller Zusammenarbeit und Zusam-
817 menschlüssen von Gemeinden. Die Möglichkeiten der Kooperation reichen von der Zu-
818 sammenarbeit der Verwaltung, über gemeinsame Sozial-, Gesundheits- und Bildungsein-
819 richtungen, über den gemeinschaftlichen Betrieb von Infrastruktur, Kläranlagen,
820 Schwimmbädern bis hin zur Ausweisung von Gewerbegebieten und zu abgestimmten Kul-
821 tur- und Tourismuskonzepten. Durch Bündelung von Potenzialen in den Regionen kann ein
822 gut erreichbares, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot für die Bürger gewähr-
823 leistet werden. Die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen wir durch Anreize bei
824 der Förderung sowie durch Informationen über rechtliche Rahmenbedingungen und An-
825 sprechpartner.

826 In der Möglichkeit, von vorgegebenen Standards abweichen zu können, sehen wir eine
827 Chance, den Regionen den Gestaltungsspielraum zu geben, den sie für einen erfolgreichen
828 Anpassungsprozess brauchen. Sie brauchen Kompetenzen, um die Fragen vor Ort lösen zu
829 können. Unser föderales System bietet hier Vorteile, die zentralistische Staaten nicht haben.
830 Kommunale Standardöffnungs- oder Erprobungsgesetze sind Beispiele dafür, wie Regionen
831 neue Spielräume bei der Anpassung an den demografischen Wandel gewinnen können.

832 Die Kommunal Finanzen sind der Schlüssel für eigenständiges und ortsspezifisches Handeln.
833 Nur leistungsfähige Kommunen können den Strukturwandel aktiv mitgestalten und trag-
834 fähige Lösungen für die vielschichtigen und lokal sehr unterschiedlichen Probleme entwi-
835 ckeln. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in den Bundesländern werden wir die
836 Interessen der ländlichen Regionen und ihre Bedürfnisse berücksichtigen und die Finanz-
837 ausgleichssysteme auf die demografische Entwicklung ausrichten. Neben der Sicherung
838 der Einnahmen gehört zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen ebenso eine stetige
839 Auf- und Ausgabenkritik.

840 Wir wollen, dass die Verwaltung in den Kommunen gleichermaßen bürgerfreundlich wie
841 kostengünstig bleibt. Dabei gilt es, die Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung im
842 ländlichen Raum konsequent zu nutzen. Zahlreiche Online-Portale, in denen rund um die
843 Uhr Behördenangelegenheiten erledigt werden können, der weitere Ausbau der einheitli-
844 chen Behördennummer 115 und mobile Bürgerbüros sind wichtige Schritte auf dem Weg
845 zu einer neuen Verwaltungskultur. Zudem müssen nicht in jeder Gemeinde komplizierte
846 und seltene Verwaltungsvorgänge selbstständig bearbeitet werden. Kommunen können
847 durch gemeinsame Dienstleistungszentren Kosten sparen, die Qualität steigern und trotz-
848 dem vor Ort für den Bürger mit Ansprechpartnern präsent bleiben.